

DIE LINKE.

Das Preisrätzel
Reisen in die Schweiz,
nach Dresden und
Thüringen zu
gewinnen Seite 12

Wahlzeitung zur Bundestagswahl 2005 • Sozial und solidarisch • www.sozialisten.de

Demokratie braucht Alternativen, der Bundestag eine starke Linke

»Spießgesellen« seien sie, giftet der Kanzler. »Alt-Frustrierte« assistiert ihm Stoiber. Bis zum »Hassprediger« versteigt sich die SPD. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ziehen als Spitzenkandidaten die ganze Wut der Parteien auf

sich, deren neoliberale Kreise die Linkspartei stört. Außenminister Fischer schreckt nicht einmal davor zurück, Oskar Lafontaine, der selbst Opfer eines Attentats war, mit Pim Fortuyn, dem ermordeten Rechtspopulisten, gleichzusetzen. Die Linkspartei und ihre Protagonisten sind für die etablierten Parteien ein rotes Tuch, weil mit dem Aufbruch zu einer neuen Linken nun Alternativen zur Politik des Sozialabbaus in die Debatte kommen.

Billiglöhne, Rentenkürzungen und Hartz IV als gesellschaftlichen Fortschritt zu verkaufen – das geht eben nicht mehr so einfach, wenn jemand vorrechnet, dass in den meisten

anderen Ländern, die weniger Arbeitslose haben, die Löhne gestiegen und nicht gesunken sind. Und »plötzlich kleben die anderen Parteien wieder Plakate, auf denen etwas von sozial gerechter Politik steht«, beobachtet Gregor Gysi. Je stärker eine linke Fraktion im Bundestag ist, desto ernsthafter müssen die anderen über eine Kursänderung nachdenken. Lafontaine und Gysi wollen mit der neuen Linken die Menschen zum Mitdenken und -tun einladen, damit Deutschland sozialer, gerechter, friedlicher, demokratischer wird. Das gefällt vor allem jenen nicht, die von SPD/CDU/CSU/FDP/GRÜNEN in den letzten

Jahren Milliarden geschenkt bekamen. Doch, so Oskar Lafontaine: »Solide Sozialpolitik ist nur möglich, wenn man die Wohlhabenden und Besserverdienenden zur Kasse bittet.« Im Interview auf Seite 3 sagen Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, warum Demokratie Alternativen braucht und der Bundestag eine starke Linke.



Zuhören, zuhören, linke Frauen wählen

Marion Heinrich über drei starke Frauen für den Bundestag. Seite 2



Den Menschen wieder Mut machen

Klaus Ernst über Reformen, die ihre Namen verdienen. Seite 5

Mein Herz schlägt links

Peter Sodann im Interview über seine Fast-Kandidatur. Seite 6



Ungebührlich verhalten

Jan Korte über sieben Jahre Studium, Uni-Politik und den Kampf gegen Studiengebühren. Seite 9

Krieg ist keine Antwort

André Brie über die Lage im Irak. Seite 10

Das Ende der Beschneidung in Benin

Christa Müller über den langen Kampf gegen Genitalverstümmelungen in Afrika. Seite 10



Konstantin Wecker:

»Erst wenn in diesem Land Hunderttausende für den Sozialstaat demonstrieren, kommt auch wieder Bewegung in den Bundestag. Ich möchte, dass sich dann die neue Linkspartei zuallererst als eine starke Stimme der Schwachen, der Opposition, der sozialen Bewegungen, des Antikriegsprotests versteht ...« Das vollständige Interview: auf Seite 11

Wir wählen links für einen Politikwechsel

So viel Hoffnung auf Veränderung war lange nicht mehr in deutschen Landen. Hunderte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben schon in den ersten zwei Wochen einen Aufruf zur Wahl der Linkspartei unterzeichnet. Künstlerinnen und Künstler wie Ursula Karuseit, Günter Wallraff, Peter Sodann und Konstantin Wecker unterstützen die neue Linke ebenso wie zahlreiche Ärztinnen und Ärzte. Linkspartei und WASG verzeichnen einen regelrechten Ansturm von Tausenden Menschen, die mitarbeiten wollen. »Die neue Linke macht vielen wieder Mut, sich einzumischen«, sagt Linkspartei-Chef Lothar Bisky. Denn es geht eben nicht um eine neue Frisur im Kanzleramt zur gleichen schlechten Politik, sondern um einen Politikwechsel. Dafür kämpft die Linke – gemeinsam mit vielen.

www.wir-waehlen-links.de

Es stand immer 2 zu 4



Im Jahr 2002 schaffte es die PDS nicht, als Fraktion in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Nur Gesine Löttsch und Petra Pau gelang als direkt gewählten Einzelabgeordneten der Sprung ins höchste deutsche Parlament. Wann immer sie dort ans Rednerpult gingen, wurden sie als fraktionslose Abgeordnete

te angekündigt, und sie begannen ihre Ausführungen stets mit dem Satz: »Ich bin Abgeordnete der PDS.« Es war ihnen wichtig, ihre politische Heimat deutlich zu benennen.

Am 17. Juli 2005 hat sich die PDS in Die Linkspartei.PDS umbenannt. Das war ein erster wichtiger Schritt zu einer Vereinigung

der Linken, zu einem Stück europäischer Normalität in Deutschland, zu einer lebendigen und parlamentarisch verankerten politischen Kraft links von der Sozialdemokratie. Die Linkspartei und die WASG treten bei der Bundestagswahl nicht gegeneinander an. Die einzig realistische und dem Wahlrecht entsprechende Möglichkeit, den Aufbruch zu einer neuen Linken schon am 18. September wählbar zu machen, war die Öffnung der Listen der Linkspartei. – für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ebenso wie für Vertreter der WASG. Das bekannte Prinzip der offenen Listen, mit denen die PDS schon bei vergangenen Wahlen erfolgreich über den Tellerrand der eigenen Partei hinausgeblickt hat.

Warum der Deutsche Bundestag die Linkspartei in Fraktionsstärke braucht und warum es in den vergangenen drei Jahren immer 2:4 stand, erzählen Gesine Löttsch und Petra Pau auf den Seiten 6 und 7.

Im Mittelpunkt steht für uns soziale Gerechtigkeit

Von Lothar Bisky. Es gerät et- was in Bewegung in Deutsch- land. Immer mehr Menschen ha- ben die ewige Litanei satt, dass kein Geld mehr da sei für einen vernünftigen Sozialstaat.



Auszubildende. Ihre Interessen werden wir im Bundestag vertre- ten. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb soziale Gerechtigkeit.

geladen werden. Wir versprechen dabei nicht das Blaue vom Himmel, sondern sa- gen auch, woher das Geld kommen soll in diesem reichen Deutschland.

ro mehr Netto beschert hat. Das Geld fehlt für die Kinder, für bes- sere Bildung. Noch mehr könnte dafür ausgegeben werden, wenn die Bundeswehr auf Auslandsein- sätze verzichtet.

ro mehr Netto beschert hat. Das Geld fehlt für die Kinder, für bes- sere Bildung. Noch mehr könnte dafür ausgegeben werden, wenn die Bundeswehr auf Auslandsein- sätze verzichtet.



Keine Festung Europa

Von Felekna Uca. Kürzlich ha- be ich ein Flüchtlingscamp auf Lampedusa/Italien besucht.

Verfassung aufzunehmen. Nie- mand flieht freiwillig!

Nun planen europäische Innen- minister, in Libyen ein Auffangla- ger für Flüchtlinge einzurichten, um Menschen auf ihrer Flucht nach Europa bereits in Nordafri- ka aufzuhalten.

Fluchtursachen müssen be- kämpft und die Rechte der Men- schen gestärkt werden, die in die EU-Mitgliedsstaaten fliehen oder einwandern.

Felekna Uca ist Mitglied des Europäischen Parlaments.



Zuhören, zuhören, linke Frauen wählen!

Von Marion Heinrich. Montag- morgen in Berlin-Kreuzberg. Die Sonne blinzelt ins Café Hannibal, als Katja Kipping sich einen grü- nen Tee mit viel Milch bestellt.

Eva Bulling-Schröter hat schon zwei Legislaturperioden lang die Bank des hohen Hauses »gedrückt«. Ihren Charakter – darauf legt die Urbayerin beson- ders wert – ließ sie sich dennoch nicht verderben.

Ding sind. Eine Linkspartei brau- che nicht nur soziale, sondern auch ökologische Kompetenz.



Petra Sitte brauchte für ihre po- litische Überzeugung noch nie einen Steigbügelhalter.

Petra Sitte brauchte für ihre po- litische Überzeugung noch nie einen Steigbügelhalter.

nicht. Kann eine Politikerin au- thentischer sein? Zurzeit klingt ihr Handy pausenlos, und sie hat unentwegt Termine.

Unser Auftreten hat schon jetzt Auswirkungen...

Woher kommt der Umfrageer- folg der Linkspartei?

LAFONTAINE: Es gibt viele Men- schen in Deutschland, die vor allem die Politik der Sozialkür- zungen satt haben.

GYSI: Die Linkspartei stellt sich kulturell, intellektuell, sozial und ökonomisch gegen den neo- liberalen Zeitgeist.

Die anderen Parteien werfen Ihnen Populismus vor und ver- teufeln Sie beide persönlich.

LAFONTAINE: Das heißt, sie haben keine Argumente. Die rot-grüne Regierung hat sieben Jahre lang eine heftige Umver- teilung von unten nach oben betrieben.

GYSI: Die Angriffe konzentrie- ren sich vor allem auf Oskar La- fontaine. Im Gegensatz zu mir kommt er aus der politischen Elite der alten Bundesrepublik.

sie so etwas wie politischen »Klassenverrat« begangen. Sie verübeln ihm, dass er konse- quent geblieben ist und nun da- zu beiträgt, dass eine politische Kraft entsteht, die glaubwürdig in Ost und West für soziale Ge- rechtigkeit eintritt.

Ein Vorwurf lautet, Sie wollten zurück in die 70er Jahre.

LAFONTAINE: Ein lustiger Vorwurf. In den 70er Jahren hatten wir weitaus weniger Arbeitslose, ordentliches Wachstum und einen größeren Anteil unterer Einkommen am gesellschaftlichen Wohlstand.

Wichtig ist, dass die linke Alternative so stark wird, dass sie nicht überhört werden kann.

GYSI: Es stimmt ja auch nicht. Natürlich wollen wir einiges wieder rückgängig machen, wie den maßlos gesenkten Spitzen- steuersatz. Aber wir ignorieren nicht die hiesigen und globalen Veränderungen und machen Vorschläge, die neu sind oder zumindest noch nie aufgegrif- fen wurden.

Womit wollen Sie bezahlen, was Sie sozial verändern wollen?

LAFONTAINE: Solide Sozial- politik ist nur möglich, wenn man die Wohlhabenden und Besserverdienenden zur Kasse bittet. Wir haben ein seriöses Programm: Die Besteuerung der großen Vermögen kann 50 Milliarden Euro Einnahmen brin- gen, die Heraussetzung des Spit- zensteuersatzes 10 Milliarden, die Einführung einer Börsenum- satzsteuer bringt zusätzliche Milliarden.

Die Linkspartei wird kaum die nächste Regierung stellen oder die Partner finden, um das umzusetzen.

GYSI: Aber bereits jetzt hat un- ser Auftreten Auswirkungen. Plötzlich kleben die anderen Parteien wieder Plakate, auf de- nen etwas von sozial gerechter Politik steht. Man kann nach

den gemachten Erfahrungen nicht darauf vertrauen, dass sie das ernst meinen – aber sie werden umso ernsthafter über eine Kursänderung nachdenken müssen, je stärker sie mit einer linken Fraktion im Bundestag konfrontiert werden.

LAFONTAINE: Die Sozialdemo- kratie hat darauf verzichtet, dem Neoliberalismus zu widerspre- chen. Das ist meine wichtigste Kritik an der heutigen SPD, und darauf geben wir als neue Linke eine Antwort.



Hoffen Sie auf eine Koalition von CDU/CSU und SPD, gegen die die Linkspartei stärkste Oppositionskraft werden könnte?

GYSI: Natürlich wäre es eine spannende Herausforderung, wenn wir der Regierung als stärkste Opposition gegenüber- stünden und sie sich dann vor allem mit unseren Alternativen auseinandersetzen müsste.

LAFONTAINE: Aus Sicht der Wähler ist eine große Koalition allerdings ein geringeres Übel als eine Regierung aus Union und FDP. Bei Letzterer kämen die Sozialkürzungen noch ungebremst.

Ist Oskar Lafontaine jetzt Sozi- alist oder Sozialdemokrat?

LAFONTAINE: Nicht ich habe mich von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet, die SPD-Führung hat es getan.

Die Fragen stellten Gabriele Oertel und Jürgen Reents.

Einkommen gerecht verteilen!

Von Herbert Schui. Die realen Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten nehmen ab. Der Staat hat zu geringe Einnah- men. Er erfüllt seine sozialen Aufgaben nicht mehr.

Dem sinkenden Lebensstan- dard der Vielen steht zuneh- mender Reichtum von wenigen Privatpersonen und großen Un- ternehmen gegenüber. Was ma- chen die mit ihrem Geld? Die ei- nen leben von den Zinsseszinsen. Sie beteiligen sich an Fonds, die



Unternehmen aufkaufen, aus- schlachten und stilllegen. Ihre Ausgaben führen nicht zu mehr Nachfrage nach Produkten und damit zu mehr Beschäftigung.

Das muss ein Ende haben. Die Leistungen des Staates müs- sen wieder gesteigert werden – finanziert durch mehr Gewinn- steuern, eine Vermögenssteuer, einen höheren Spitzensteuer- satz. Die Steuerfahndung muss wirksamer werden.

Herbert Schui ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hamburger Universität und kandidiert für Die Linke auf Platz 3 in Niedersachsen.

Blick ins Grundgesetz

In Artikel 14, Absatz 2 und 3 des Deutschen Grundgesetzes ist wörtlich zu lesen: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist zum Wohl der Allgemeinheit zulässig.«



Sinkende Renten

Berechnungen zufolge wird das Rentenniveau durch die rot-grüne Rentenreform von derzeit 69,7 Prozent für den Durchschnittsverdiener bei 45 Jahren sozialversicherungspflichtiger Arbeitszeit bis ins Jahr 2030 auf 52,5 Prozent absinken. Dies entspricht einer Rentenkürzung um 25 Prozent.

Das Nötigste zum Leben

Sozialverbände haben errechnet, dass der Mindestsatz, der zum Leben benötigt wird, bei 420 Euro liegt. Die Linkspartei, die für die Abschaffung von Hartz IV eintritt, setzt sich daher dafür ein, dass in einem ersten Zwischenschritt das ALG II auf diesen Satz angehoben wird – und zwar einheitlich in Ost und West.

Selbst Schuld?

Obwohl in Deutschland Arbeitslosigkeit zu einem Massenphänomen geworden ist, das fast alle treffen kann, fühlen sich Betroffene immer häufiger schuldig und ausgegrenzt. In Duisburg gibt es eine Straße der Arbeitslosen in einer ehemaligen Stahlarbeitsiedlung, deren Bewohner sich kaum noch in Stadtteile wagen, in denen die meisten Leute Arbeit haben. Erwerbslose fühlen sich stigmatisiert. Eine europäische Vergleichsstudie belegt, dass in Deutschland das Ausmaß sozialer Isolation durch Erwerbslosigkeit am stärksten ausgeprägt ist.

Auf neuen Wegen Vertrauen in die Rente zurückgewinnen

Von Frank Spieth. Die gesetzliche Rentenversicherung hat bis zur Rentenreform im Jahre 2001 trotz aller Kürzungen eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz aufzuweisen. Altersarmut wurde verringert, Arbeitsmarktprobleme wurden durch Frühverrentungen sozial abgedeckt und soziale Folgeprobleme der Wiedereingliederung abgemildert. Die Ren-

tenversicherung hat heute ein Finanzproblem, aber viel mehr noch befindet sie sich in einer Vertrauens- und Akzeptanzkrise. Zum einen wollen die Arbeitgeber ihren Anteil an den Beiträgen nicht mehr leisten. Zum anderen mussten die Versicherten trotz tendenziell steigender Beitragssätze in den letzten Jahren in immer kürzeren Zeitabständen

Leistungseinschränkungen erleben. Die entscheidende Frage im Hinblick auf die Zukunft der Rentenversicherung ist nicht, ob wir uns eine Rentenversicherung noch leisten können, sondern ob wir sie uns noch leisten wollen. Dahinter verbirgt sich letztlich die Frage, wer die Kosten für die Altersversorgung tragen soll: die Versicherten auf solidarischer Grundlage oder jeder in Eigenverantwortung und damit entsolidarisiert. Die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten und nach mehr Eigenvorsorge bedeutete bisher immer eine Verteuerung der Alterssicherung oder Leistungseinschränkungen zulasten der Versicherten. Alternativen aber werden weitgehend tabuisiert. Dies gilt sowohl für die Ausweitung des versicherten Personenkreises und die Andoer Aufhebung der Beitragbemessungsgrenze als auch für die Abkopplung der Arbeitgeberbeiträge von der Lohnsumme und deren Bemessung nach der Wertschöpfung der Unternehmen. Altersvorsorge braucht Kontinuität und gesellschaftlichen Konsens. Laut Meinungsforschungsinstituten sind bis zu 80 Prozent der Menschen für die solidarischen und sozialen Sicherungssysteme. Daran wird die Linke im Bundestag anknüpfen, um das Umlageverfahren als sicherste Finanzierungsart für die Rentenversicherung weiter zu entwickeln.



Gesine Löttsch initiierte ein Gemeindeforschungsprogramm, das sozial, praktisch und finanzierbar ist. www.gesine-loettsch.de

Frank Spieth ist Vorsitzender des DGB-Landesverbandes Thüringen und auf Platz 4 der Landesliste Thüringen.

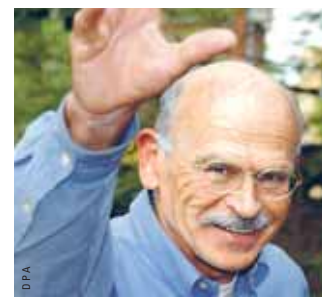
Wa(h)re Gesundheit

Von Monika Knoche. In den vergangenen Jahren wurde das Gesundheitswesen auf seine betriebswirtschaftliche Größe reduziert. Erfolg oder Misserfolg der Politik bemaß sich an der Höhe der Beitragssätze. Qualität und Gerechtigkeit blieben auf der Strecke. Von mehr Wettbewerb und Effizienz ist die Rede – als sei Krankheit eine Ware. Als könnten die Wunden, die ein ökonomisches Verwertungsinteresse dem Versorgungswesen geschlagen hat, durch eine höhere Dosis desselben Gifts geheilt werden. Wer Privatisierung und Eigenverantwortung sagt, meint Deregulierung, Leistungszug und Zuzahlung. Der Gesundheitsbereich bewegt jährlich ein größeres Finanzvolumen als der Bundesfinanzminister. Da schlummern gewaltige Potenziale, das sichert etwa drei Millionen Arbeitsplätze. Wer auf Belastung der Patienten und gesetzlich Versicherten setzt und die Unternehmen mehr und mehr aus ihrer Sozialpflicht entlässt, gefährdet diese Potenziale. Kranke müssen auf die Hilfe der Gesellschaft vertrauen können.

Deshalb wollen wir die Krankenversicherung als eine gesetzliche für alle Bürgerinnen und Bürger realisieren. Die Wertschöpfungsabgabe soll Unternehmen nicht mehr nach der Zahl ihrer Beschäftigten, sondern nach ihrer Wertschöpfung in einer neuen Form der Parität an der Finanzierung beteiligen. Das ist solidarisch, das ist modern. Was in den Polikliniken im Osten früher gang und gäbe war, Koordination und Kooperation aller Beteiligten,

kann durch Vernetzung erreicht werden und die Qualität der Versorgung sichern. Wer den Anforderungen der Demografie und der versicherten Familien und Erwerbsstrukturen Rechnung tragen will, kann auf das Wissen vor Ort nicht verzichten.

Monika Knoche war Gründungsmitglied der Grünen und kandidiert zur Bundestagswahl 2005 auf der sächsischen Landesliste der Linkspartei.PDS.



Politik ist keine Show

»Die Linke« sprach mit dem Schriftsteller Günther Wallraff.

Was sind gegenwärtig Themen, die erhöhten Aufklärungsbedarf hätten?

Die systematisch betriebene Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft: Formen moderner Sklavenarbeit auf Baustellen und über Menschenhändler, »Subfirmen« genannt; völlig rechtlose Arbeitsimmigranten oft zu Stundenlöhnen unter fünf Euro; Skandalisierungs- und Denunziationsberichterstattung in den Massenmedien mit der Absicht, einzelne unbequeme Querdenker zum Abschuss freizugeben oder benachteiligte Bevölkerungsschichten wie – zum Beispiel Arbeitslose – zu dämonisieren.

Was der Herrschaft in diesem Lande gefährlich sein könnte, wird mit kollektiver Verunglimpfung überzogen. Was würden Sie Lafontaine, Gysi und ihren Mitstreitern raten?

Auch Fehler einzugestehen, zu differenzieren und einer scheinbaren Übermacht gegenüber standzuhalten. Für mich sind die Politiker am glaubwürdigsten, die nicht immer gleich fertige Antworten und Patentrezepte aus dem Ärmel schütteln. Ich halte nicht viel von reinen Schein- und Showkämpfen der Kanzlerkandidaten im Fernsehen, die nur darüber hinwegtäuschen sollen, wie marginal sich ihre sozialpolitischen Vorstellungen in Wirklichkeit voneinander unterscheiden. Allein das Vorhandensein einer undogmatischen starken Linkspartei kann dazu beitragen, dass die anderen Parteien wieder unterscheidbarer und eventuell sogar sozial orientierter werden. Anstatt sich inhaltlich mit dem Programm der Linkspartei auseinander zu setzen – und da gibt es sicherlich einiges auszusetzen – wird von den anderen Parteien nun versucht, mit formaljuristischen Trickereien und der Begleitmusik gezielter Medienkampagnen die neue Linke als Partei niederzumachen.

Günter Wallraffs Buchempfehlungen: ■ »Abgezockt und totgepflegt« Alltag in deutschen Pflegeheimen; Matthias P. Econ-Verlag (Ab 2.9.05 wird das Pseudonym des Autors gelüftet.) ■ Landolf Scherzer: »Der Grenzgänger«; Reportagebuch über das Zusammenwachsen bzw. Auseinanderdriften von Ost- und Westdeutschland. Erscheint Anfang September im Aufbau-Verlag.

Pisa und der Spitzensteuersatz

Von Michael Schlecht. Auch wenn die jüngste Pisa-Studie Fortschritte zeigt: In der Bildung ist Deutschland immer noch weit abgeschlagen. Wir brauchen Ganztagschulen mit kleinen Klassen, damit unsere Kinder ausreichend gefördert werden. Wir brauchen mehr und bessere Krippen, Kindertagesstätten und Horte. Gebührenfrei. Mit ausreichendem und gut qualifiziertem Personal. Erziehung und Bildung kosten Geld. Um mit dem Spitzenreiter Finnland gleichzuziehen, zusätzlich rund 20 Milliarden Euro im Jahr. Studien belegen dies.

Wie soll das finanziert werden? Deutschland ist ein reiches Land. Nur ist dieser Reichtum sehr ungleich verteilt. Ein halbes Prozent der Bundesbürger – das sind rund 400 000 – verfügt über 25 Prozent des Geldvermögens. Weshalb soll es eigentlich Vermögenden nicht zumutbar sein, Vermögenssteuer zu zahlen? Bei einem Freibetrag von 300 000 Euro je Person? Dies bringt alleine 25 Milliarden Euro. Weshalb muss eigentlich ständig der Spitzensteuersatz gesenkt

werden? Einkommensmillionäre zahlen bereits über 100 000 Euro weniger Steuern im Jahr – im Vergleich zu 1998. Das hat Rot-Grün so gewollt. Das kostet jährlich über zehn Milliarden Euro. Die CDU/CSU will dem Einkommensmillionär zusätzlich 30 000 Euro schenken. Der Spitzensteuersatz muss auf 50 Prozent angehoben werden. Zu hoch? Wird so nur Steuerflucht begünstigt? Zunächst: Unter Kohl war der Spitzensteuersatz mit 53 Prozent noch höher. Und da soll ein Satz von 50 Prozent zum Untergang der abendländischen Kultur führen? Nach all den Steuergeschenken von Rot-Grün? Um wie viel ist die Steuerflucht eigentlich zurückgegangen? Kaum. Steuerflucht kann man nicht mit einer Billig-Steuer bekämpfen, dazu bedarf es Kontrollen.

Was ist eigentlich wichtiger: die Zukunft unseres Landes, die Zukunft unserer Kinder – oder die Privilegierung hoher Einkommen und großer Vermögen?

Michael Schlecht ist ver.di-Chefökonom.



Linke Politik für kleine und große Leute

Von Marianne Linke. Aus Kindern werden Leute – doch bis das so weit ist, liegt ein langer Weg vor ihnen. In Mecklenburg-Vorpommern besuchen 96 Prozent aller Kinder einen Kindergarten. Um die Kinder gerade in dieser für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit wichtigen Phase gezielt zu fördern, hat das Land das Kindertagesförderungs-gesetz erlassen. Damit wurde erstmalig der Anspruch eines jeden Kindes auf vorschulische Bildung und gesundheitliche Förderung festgeschrieben. Gemeinsam mit dem Sozialministerium haben Wissenschaftler der Universität Rostock zunächst für die Fünfjährigen einen »Rahmenplan für die zielgerichtete Vorbereitung von Kindern in Kindertageseinrichtungen auf die Schule« entwickelt.

Dieses Papier setzt seit dem 1. September 2004 den verbindlichen Rahmen für die Vorschulbildung. In ihm sind die fünf Bildungs- und Erziehungsbereiche Sprache, Bewegung, Natur, Musik und bildnerisches Gestalten sowie elementares mathematisches Denken enthalten. Gleichzeitig bietet der Plan den 1050 Kindereinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern genügend Freiraum, ihr ganz eigenes pädagogisches Konzept zu entwickeln und einzubringen. Alle im Zusammenhang mit der vorschulischen Bildung stehenden Aufwendungen werden durch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit jährlich sieben Millionen Euro zusätzlich finanziert. Neben den Bildungsinhalten stellt die Umsetzung dieses Rahmenplans hohe Ansprüche an die Qualifizierung der Erzieherinnen. Hier profitiert Mecklenburg-Vorpommern von der guten fachlichen Ausbildung der Kindergärtnerinnen im Osten Deutschlands. Mit welchem Engagement sich die Erzieherinnen ihrer Aufgabe stellen, zeigt sich daran, dass innerhalb eines Jahres zirka 1 500 Erzieherinnen die geforderten, ebenfalls öffentlich finanzierten Weiterbildungsangebote genutzt haben. Mit dem Rahmenplan leistet das Land Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Beitrag zur chancengleichen Entwicklung der Kinder.

Marianne Linke ist Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern und kandidiert im Wahlkreis gegen Angela Merkel.



Ungebührlich verhalten!

Von Jan Korte. Nun ja, ich habe sieben Jahre lang studiert, und es hätte auch schneller gehen können. Aber Schnelligkeit steht nicht zwingend für Qualität. In den Jahren meines Studiums habe ich nebenher viel Uni-Politik gemacht und mich im Studierendenparlament für die Interessen meiner Kommilitonen stark gemacht.

Gleichzeitig musste ich feststellen, dass es weniger Seminare gab, die Kopierer im Institut meistens nicht funktionierten und die Vorlesungen übervoll waren. Das beklagen alle, aber es ändert sich nichts. Nur das Klima an den Unis ist anders geworden. Man merkt, dass das Studium vorwiegend auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet wird, kritische Wissenschaft immer weniger vorkommt und nicht zuletzt Studiengebühren – in welcher Form auch immer – Zwang, Stress und weniger Offenheit bedeuten.

Am Ende meines Studiums ist es nun für meine gerade gestarteten Kommilitoninnen und Kom-

mitonen so weit, dass fast überall allgemeine Studiengebühren von mindestens 500 Euro eingeführt werden sollen und sich die Banken schon die Hände reiben. Auch ich musste nebenbei für meinen Lebensunterhalt jobben – für die, die jetzt anfangen, wird es jedoch noch schwieriger. Denn nach der Einführung von Studiengebühren wird Studieren endgültig vom Geldbeutel der Eltern oder von der Kreditaufnahme bei einer Bank abhängig – und das in einem der reichsten Länder der Erde.

Ich habe während meines Studiums trotz aller Schwierigkeiten viel gelernt. Mir geht es um Bildung, die alle fördert und keinen zurücklässt und die dazu befähigt, Gesellschaft zu verändern. Deshalb kandidiere ich für die Linkspartei für eine soziale und demokratische Bildungs- und Hochschulpolitik.

Jan Korte ist Mitglied des Parteivorstandes und kandidiert auf Platz 2 der Landesliste der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt.

Linker wählen, schöner lesen.



Abo-Hotline
030/29 39 08 00
www.neues-deutschland.de

Mit GIS die Welt entdecken REISEN

Gruppen- und Studienreisen mit Qualität weltweit ...

GIS Reisen
Gesellschaft für Internationale Studien-, Gruppen- und Leserreisen mbH
Neustadt/Wied • Telefon 02683.9450-0
Filiale Leipzig • Telefon 0341.22594-20
www.gis-reisen.de

Wahlinfo

Wahlbenachrichtigung

Die Wahlberechtigten müssen über ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis spätestens bis zum 21. Tag vor der Wahl durch die Gemeinden benachrichtigt werden. Zur Stimmabgabe sollte die Wahlbenachrichtigung mitgebracht werden, es reicht aber auch der Personalausweis.



Wen wähle ich mit der Erst- und wen mit der Zweitstimme?

Mit der Erststimme wählen Sie eine Person Ihres Wahlkreises. Nur die Person, die dort die meisten Stimmen erzielt, zieht als Direktkandidat/-in in den Deutschen Bundestag ein. Mit der Zweitstimme wählen Sie eine Partei. Nur wenn eine Partei mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen erreicht, erhält sie im Deutschen Bundestag den Fraktionsstatus. Wenn mindestens drei ihrer Direktkandidaten/-innen erfolgreich sind, zieht sie als Gruppe in den Deutschen Bundestag ein.

Was ist, wenn ich nur eine Stimme verberge? Ist die Wahl dann gültig? Welche Stimme ist die wichtigste?

Die Wahl ist auch gültig, wenn Sie nur eine Stimme vergeben. Die wichtigere Stimme ist die Zweitstimme. Sie entscheidet, mit wie viel Prozent eine Partei in den Bundestag einzieht und ist damit maßgebliche Stimme für die Sitzverteilung im Bundestag.

Briefwahl

Wahlberechtigte können ihr Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn sie sich am Wahltag aus wichtigem Grunde, zu dem auch Urlaubsreisen gehören, außerhalb ihres Wahlbezirkes aufhalten, ihre Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt haben und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirkes eingetragen worden sind, aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst ihres körperlichen Zustandes wegen das Wahllokal nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können. Für die Briefwahl ist ein entsprechender Antrag beim Einwohnermeldeamt der jeweiligen Gemeinde zu stellen.

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2005, Auflage: 5 240 000 Exemplare, Redaktionsschluss: 19. August 2005, Herausgeberin: Die Linkspartei.PDS, Tel: 030/24009394, www.sozialisten.de, E-Mail: wahlquartier@linkspartei.de, Redaktion: Hendrik Thalheim, Diether Dehm, Tanja Behrend, V.i.S.d.P. Bodo Ramelow, Layout, Satz: DiG / TRIALON, Druck: Druckhaus Schöneeweide, Fotos: dpa, Uwe Völkner, Fotoagentur Simon, TRIALON, Privat.

Max und Moritz, diese beiden

Von Mathias Wedel. Unglaublich! Noch keiner hat, wie hierzulande üblich, Lafontaine mit Goebbels verglichen! Und für Gysi werden nicht mal im Internet Tiernamen bereitgestellt. Was ist denn mit den Deutschen los? Vielleicht liegt es daran, dass die beiden sogar schon an Stammtischen geliebt werden. Wenn ich im »Eisernen Anker« versacke, höre ich nur Gutes über das Duo. Einer brüllte neulich »Gysi könnt ich knutschen, wenn er sich nicht wehrt.« Der hatte schon ein paar Umdrehungen im Turm. Und: »Lieber vom Saarländer als vom Wessi besetzt!« Ein Totalausfall sind die Konservativen. Gibt es von der »Kanzlerin der Herzen« auch nur eine zitierwürdige Gemeinsamkeit gegen Gy-La? Mit ihrer ewigen Überkonzentration, Brutto und Netto nicht zu verwechseln, steht sie den Bad Boys hilflos gegenüber. Tja, wenn General Schönbohm den Wahlkampf führen würde! Der hätte den verproletarisierten Kolchosnik Gregor – den Melkerlummel und Euterschwenker – sofort durchschaut und dafür gesorgt, dass dessen Blumenkästen kontrolliert werden. Die Last der Ausein-

dersetzung trägt nun die Sozialdemokratie allein. Mal nennt Schröder das Doppelpack »verantwortungslose Gesellen« (die »vaterlandslosen Gesellen« hat er beim ollen Kaiser entlehnt, der sie gegen die Sozialdemokraten gebrauchte), oder er spricht süffisant von »flüchtigem Personal«. Bei »Christiansen« sagte er »Gysi und der andere«. Kein Mann spricht den Namen der Ex gern aus – das gibt immer wieder einen Stich im Herzbeutel. Wenn Schröder mit der zweiköpfigen Hydra ins Gericht geht, klingt es ein bisschen, als ob er von Max und Moritz redet. Schwerenöter

und Übeltäter die beiden, wie es bei Wilhelm Busch heißt, aber beliebt bis an ihr Ende. Die Konterpropaganda aus dem Willy-Brandt-Haus ist im Rohr kriepert. Gysi und Lafontaine vorzuwerfen, sie hätten als Amtsinhaber kein Sitzfleisch bewiesen, war im selben Moment lächerlich, als Schröder seinerseits »den Lafontaine« machte und dafür seine Fraktion und sogar den Bundespräsidenten als Geiseln nahm. Müntefering kommt neuerdings mit der Warnung, dass sich die beiden Galionsfiguren der Linken bestimmt nicht vertragen werden. Aber gerade darauf sind wir

ja gespannt! Natürlich sind das ganz üble Kerle. Oskar ist eitel und hinterhältig und mindestens der Jörg Haider, wenn nicht gar der Saddam Hussein der Bundesrepublik! Deshalb war er Oberbürgermeister, Ministerpräsident, Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat für die SPD. Was für ein Lump der ist, sieht man auch daran, dass er Personenschutz braucht. Und Gregor? Schwer zu fassen. Aber: Mehrere Ehen – kann man da nicht was machen? Schröder schweigt diesbezüglich, und keiner weiß warum. Und der Knabe Wowereit? Den interessiert das nicht die Bohne!



gesellschaftliches Ziel	Flachland	bulgar. Gebirge	Kneipenname Arktisbewohner	Titan, Vater der Eos	politisches Projekt	Segeltau	Bühenhaus der Antike	Grünfläche
Partei-vor-sitzender					Nein (norddt.)		Auslese	Frucht-einbr-ingung
dt. Autor			Hunde-rasse		Frühbeet	frz. Kom-ponist		
weibl. Rolle			Schnupf-tabak			germ. Gottheit, Mutter Thors	Vulkan auf Sizilien	
Erwide-rung auf ein Kontra	anders für Mit-einander							
starkes Seil	Wochen-tag		Kunst-sprache	alte nieder-länd. Münze			Sommer (frz.)	dt. Kom-ponist „Om-phale“
linker Politiker		dt. Pop-komponist und Interpret	Roman-figur bei Verne	Tee (engl.)	Leguan	Stadt in den Nieder-landen		
Dreh-punkt		Wein-ernte	Eins (holl.)		Gesichts-farbe	Gest. a. „Wil-helm Tell“	Farbe der Links-partei	
Merk-zettel			Neusee-länder Frieden (russ.)		Bundes-tagsab-geordnete		tatsäch-liche Größe	
Spitzen-kandidat d. Links-partei	Hausflur			Seite im Internet			Bundes-tagsab-geordnete	TROLL
1	2	3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14				

Die Teilnahme ist für jedermann möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der Linkspartei und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweiger und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Preisrätsel

- 1. Preis:** 9-Tage Bus-Reise für zwei Personen in die Schweiz, Mai 2006, gespendet von GIS-Reisen
- 2. Preis:** 3-Tage-Reise für zwei Personen nach Dresden, Besuch der Semperoper, Ballett »Der Nussknacker«, und weiterer Sehenswürdigkeiten, November 2005, gespendet von BTO-Reisen
- 3. Preis:** Abendessen für zwei Personen mit Gregor Gysi
- 4. Preis:** 2 Karten zum DFB-Pokalfinale 2006, Olympiastadion Berlin
- 5. Preis:** 1 Jahreskarte für den 1. FFC Turbine Potsdam (Erste Frauenfußball-Bundesliga)
- 6. Preis:** Besuch mit Petra Pau in den »Gärten der Welt« und im Deutschen Bundestag
- 7. Preis:** 1 Jahreskarte zum Besuch des Berliner Tierparks, gespendet von Gesine Lötzsch
- 8. Preis:** 1 Verwöhnwochenende für 2 Personen im »Hotel Am Wald«, Elgersburg/Thüringen
- 9. Preis:** 1 Micro-Anlage »shimo« mit CD-Player

... und weitere Preise.

Lösungswort bitte bis zum 30. September 2005 ausreichend frankiert einsenden an:

Die Linke.PDS, WahlQuartier
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin